

FAMILIENBUND

der Katholiken in der
Erzdiözese Freiburg

Volle Kraft voraus!

Liebe Leser*innen,

„Volle Kraft voraus!“ – dieser Ausruf wäre auch eine Option gewesen für eine der Sprechblasen in der Karikatur von Thomas Plaßmann auf dieser Seite. Ob mit Ausrufezeichen, bleibt allerdings dahingestellt. Vielleicht wäre ein Fragezeichen tatsächlich passender, insbesondere mit Blick auf den Koalitionsvertrag.

Die Koalitionäre CDU, CSU und SPD haben im Bereich der Familienpolitik zwar zahlreiche Themen benannt, darunter wichtige Maßnahmen, die der Familienbund explizit begrüßt. Die Formulierungen sind aber häufig unkonkret und eröffnen Spielraum für Interpretation. Hinzu kommt der Finanzierungsvorbehalt, dem alle angedachten Maßnahmen unterliegen. Nach „voller Kraft“ fühlt sich das noch nicht an.

Enttäuschend ist auch, dass – schon wieder – kein zukunftsfähiges Konzept für eine nachhaltige Reform der Gesetzlichen Rentenversicherung geplant, ja nicht einmal angedacht wird. Wieder einmal soll nur mehr Geld verteilt und im Wesentlichen alles beim Alten gelassen werden.

VOLLE KRAFT VORAUS?

Wie die Jahrgänge 1980 und jünger das in Zukunft schultern sollen, erschließt sich mir nicht. Schon gar nicht angesichts der immensen Neuverschuldung für das 500-Milliarden-Euro-Infrastrukturpaket, die eine weitere Unwägbarkeit für die nachwachsende Generation darstellt. Aber machen Sie sich selbst ein Bild: Tobias Weidemann hat die wichtigsten familienpolitischen Aussagen aus dem Koalitionsvertrag zusammengetragen und analysiert (S. 2f).

VOLLE KRAFT VORAUS MIT AUSRUFZEICHEN GEHT ES IM FAMILIENBUND:

Im Landesvorstand haben wir unser breit gestütztes Positionspapier „Neue Wege wagen für mehr sozialen Wohnungsbau“ veröffentlicht. Wir sind damit auf die wohnungspolitischen Sprecher*innen der Landtagsparteien

zugewandert und befinden uns aktuell inmitten einer Reihe von politischen Gesprächen zu diesem wichtigen Thema. Mehr dazu im Herbst.

Auch in Sachen Familiengerechtigkeit in den Sozialversicherungen geht es weiter: Richtung Straßburg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dazu im Interview unser Bundesgeschäftsführer Matthias Dantlgraber (S. 6f).

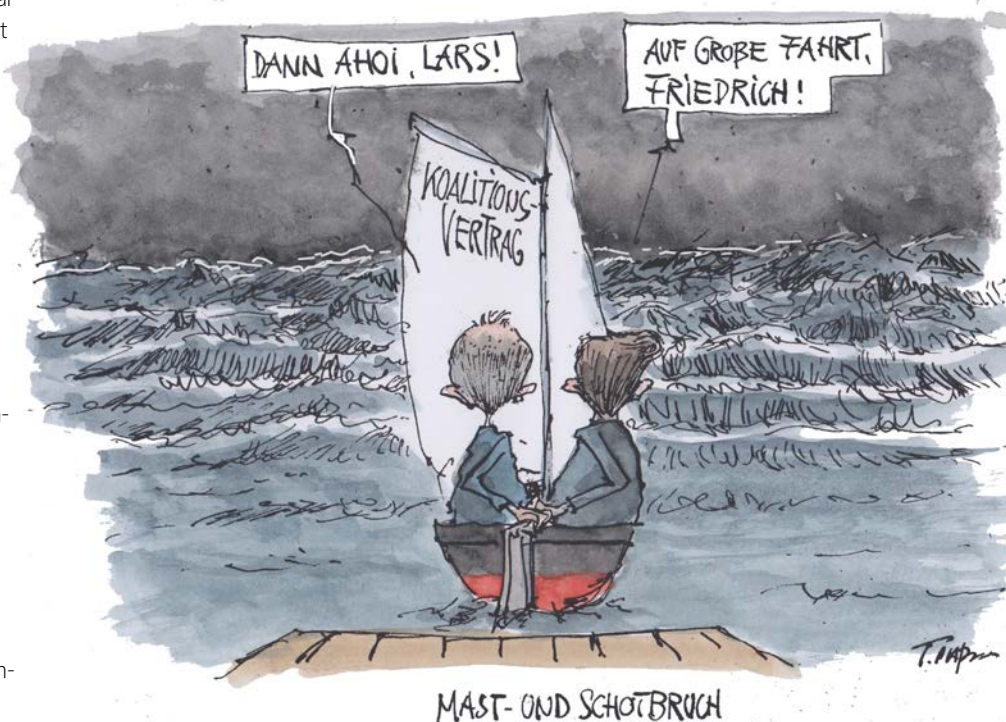
Beim Netzwerktreffen am 24. Mai 2025 wurden ebenfalls neue Segel gesetzt: Wir haben erste Pläne für die Landtagswahl 2026 geschmiedet und ein neues Leitungsteammitglied hinzugewonnen, Debora Frühwirth aus Baden-Baden (S. 4f).

In diesem Sinne: Gute Fahrt und volle Kraft voraus!

Ihre
Lucia Gaschick



Dr. Lucia Gaschick
Geschäftsführerin
Familienbund der Katholiken
in der Erzdiözese Freiburg



MAST- UND SCHOTBRUCH

Was ist drin für Familien?

FAMILIENPOLITISCH RELEVANTE AUSSAGEN IM KOALITIONSVERTRAG DER NEUEN BUNDESREGIERUNG



Tobias Weidemann
Diplom-Verwaltungswirt (FH) und Betriebswirt (VWA),
Leitungsteamsprecher des Familienbundes Freiburg

Am 5. Mai dieses Jahres haben die Koalitionsparteien CDU, CSU und SPD ihren Koalitionsvertrag unterzeichnet. 144 Seiten umfasst dieses Dokument. Alle 144 Seiten hat Leitungsteamsprecher Tobias Weidemann durchgelesen und die familienpolitischen Aussagen der neuen Bundesregierung herausgearbeitet. Lesen Sie nachstehend seine wichtigsten Erkenntnisse daraus.

Der Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ zwischen CDU, CSU und SPD gilt für die Dauer der 21. Wahlperiode (voraussichtlich 2025 bis 2029). Er enthält viele Aussagen zu unterschiedlichen Themen. Familien sind bei etlichen Themengebieten (z. B. Steuerpolitik, aber auch Rentenpolitik, Bauen und Wohnen oder Bildung) direkt oder indirekt von den Vorhaben der neuen Bundesregierung betroffen. Deshalb werden in diesem Beitrag Aussagen aus verschiedenen Bereichen des Koalitionsvertrags, die jeweils einen Bezug zu Familie haben, dargestellt. Der Koalitionsvertrag selbst ist in Nummern mit thematischen Inhalten sowie Zeilen (Z.) gegliedert. Bestimmte Aussagen kommen auch mehrfach im Koalitionsvertrag vor.

Alle Aussagen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt (Z. 1627), d.h. Vorhaben werden nur umgesetzt, wenn Haushaltsgelder zur Verfügung stehen. An vielen Stellen im Koalitionsvertrag wird zudem der Abbau von Bürokratie versprochen. Im Folgenden die wichtigsten familienpolitisch relevanten Aussagen, gegliedert nach Themenbereichen und kurz kommentiert.

Richtig! Die Familienförderung muss gestärkt werden: Das Kindergeld sollte schrittweise auf den Betrag erhöht werden, bei dem die Familienförderung für die einkommensschwächsten Familien genauso hoch ist wie die maximale Wirkung des steuerlichen Kinderfreibetrags.

Das sind Schritte in die richtige Richtung! Familien brauchen steuerliche Entlastung: Dass die Steuerbelastung im unteren Einkommensbereich besonders schnell wächst und der Spitzensteuersatz bereits ab dem 1,5-fachen des Durchschnittseinkommens greift, muss korrigiert werden. Aber warum nicht jetzt schon? Auch das Existenzminimum von Kindern sollte endlich neu berechnet werden.

IM BEREICH HAUSHALT UND STEUERN SOLL:

- die Schere zwischen der Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge und dem Kindergeld schrittweise verringert werden (Z. 1443 und 1444)

- die Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte der Legislaturperiode gesenkt werden (Z. 1442)

- die finanzielle Situation der Alleinerziehenden durch Anhebung oder Weiterentwicklung des Alleinerziehenden-Entlastungsbetrags verbessert werden (Z. 1446 und 1447)

IM BEREICH FAMILIEN SOLL:

- für Alleinerziehende das Kindergeld nur hälftig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden (Z. 3172 – 3178)

Richtig! Das Kindergeld muss bei allen Alleinerziehenden ankommen, auch bei denen, die auf den staatlichen Unterhaltsvorschuss angewiesen sind. Denn das halbe Kindergeld steht jedem Elternteil zu.

- beim Elterngeld Einkommensgrenzen sowie Mindest- und Höchstbetrag spürbar angehoben werden (Z. 3143 – 3146)

Richtig! Das Elterngeld muss erhöht und dynamisiert werden: Seit 2007 hat sich am Mindest- und Höchstbetrag nichts geändert, ein Inflationsausgleich ist überfällig. Der Familienbund hält eine Erhöhung des Mindestbetrags von 300 auf 500 Euro für angemessen.

- durch eine veränderte Anzahl und Aufteilung der Bezugsmonate des Elterngeldes ein Anreiz für mehr Partnerschaftlichkeit gesetzt werden (Z. 3138-3141)

Ja, aber...! Das Elterngeld sollte mehr Zeit für Familie ermöglichen – durch zusätzliche Partnermonate: Die von beiden Elternteilen flexibel nutzbaren 12 Monate sollten aber beibehalten werden. Eine Ausweitung der Partnermonate darf nicht zu Lasten der Elternzeit des anderen Elternteils gehen.

- ein jährliches Familienbudget für Alltagshelfer für Familien mit kleinen Kindern und/oder pflegebedürftigen Angehörigen mit kleinen und mittleren Einkommen geprüft werden (Z. 409 – 411)

- es für alle Kinder mit Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen geben (Z. 3153 und 3154)

- eine duale Ausbildung für Erzieherberufe eingeführt sowie die Anwerbung internationaler Fachkräfte für Kitas beschleunigt, vereinfacht und ausgeweitet werden (Z. 3120 – 3122).

Die Richtung stimmt! Familien brauchen verlässliche Bildungs- und Betreuungsangebote: Die genannten Maßnahmen reichen aber nicht aus. Es braucht eine umfassende Strategie zur Fachkräftegewinnung. Inwieweit die Anwerbung internationaler Fachkräfte sinnvoll und notwendig ist, bleibt zu diskutieren.

- eine verpflichtende Teilnahme aller Vierjährigen an einer vereinbarten Diagnostik des Sprach- und Entwicklungsstandards dieser Kinder eingeführt werden (Z. 3112 und 3113)

- die Qualität der Kitabetreuung gesteigert und eine gezielte Förderung von Sprach-Kitas und „Startchancen-Kitas“ etabliert werden (Z. 3114 – 3116)

- in den Neubau, Ausbau, die Sanierung und Modernisierung von Krippen und Kitas investiert werden (Z. 3125 – 3127)

- das laufende Investitionsprogramm für den Ganztagesausbau erhöht und um zwei Jahre verlängert werden (Z. 3134 und 3135)

Wichtige Ziele! Kinder benötigen eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung: Die Bildungs- und Bindungsarbeit muss die ganzheitliche Entwicklung eines jeden Kindes fördern und unterstützen. Sprachförderung ist ein wichtiger Schlüssel, um bestehende Nachteile aufgrund sozioökonomischer, kultureller oder geografischer Herkunft abzubauen. Ein dem Bedarf entsprechendes Platzangebot muss Ziel politischer Bemühungen sein.

IM BEREICH RENTE/PFLEGE SOLL:

- die perspektivische Einführung eines Familienpflegegeldes geprüft werden (Z. 3295)

Ja, aber ...! Pflegende Angehörige benötigen finanzielle Entlastung: Ohne Angehörigenpflege ist unser Pflegesystem weder zukunftsfähig noch finanzierbar. Wer Angehörige selbst pflegt, entlastet die öffentliche Hand und nimmt Einkommensverluste in Kauf. Die perspektivische Einführung eines Familienpflegegeldes nur zu prüfen, reicht deshalb nicht aus. Ein Familienpflegegeld muss so schnell wie möglich kommen.

- das Rentenniveau soll bei 48 % gesetzlich bis 2031 abgesichert werden. Die Mehrausgaben dafür sollen ausschließlich aus Steuermitteln finanziert werden (Z. 587 – 589)

Höchst kritisch! Jüngere Generationen dürfen nicht noch stärker belastet werden: Hier fehlt – schon wieder! – ein Konzept für die Zukunft. Ein stures Festhalten an der 48 %-Haltelinie ignoriert die finanziellen Probleme der Rentenversicherung, die in den kommenden Jahren noch deutlich größer werden. Bei der Rente gibt es keine populären Entscheidungen (mehr) – alle Generationen müssen ihren Teil dazu beitragen, um das System wieder zukunftsfähig zu machen. Deshalb lehnen wir im Familienbund eine starre Haltelinie ab und plädieren eher für ein flexibles „Bungee-Seil“ (wie Bundesgeschäftsführer Dantlgraber sich ausdrückt).

- die Mütterrente für alle Kinder unabhängig vom Geburtsjahr der Kinder gleich sein und aus Steuermitteln finanziert werden (Z. 635 – 638)

Ja, aber ...! Der unverzichtbare Beitrag der Kindererziehung für die umlagefinanzierten Sozialsysteme muss anerkannt werden: Alle Eltern verdienen dafür denselben Ausgleich. Aber auch hier bleibt es dabei: In der Rente sind grundlegende Reformen erforderlich, damit sie auch für kommende Generationen finanzierbar bleibt, vor Altersarmut schützt und die Lebensleistung gerecht abbildet. Familien müssen bei den Sozialbeiträgen durch einen Kinderfreibetrag analog zum steuerlichen Kinderfreibetrag entlastet werden.

IM BEREICH BAUEN UND WOHNEN SOLL:

- Baustandards vereinfacht und der Gebäudetyp E (Einfaches Bauen) abgesichert werden (Z. 728)

- die Förderprogramme der KfW zu zwei zentralen Programmen zusammengeführt und vereinfacht werden (Z. 738 und 739)

- Baufinanzierungskosten gesenkt werden (Z. 746)

- in angespannten Wohnungsmärkten Wohnungen für unter 15 Euro pro qm entstehen (Z. 747 und 748)

- für Gebiete mit angespannten Wohnungsmarkt die Mietpreisbremse um vier Jahre verlängert werden (Z. 779)

- das Finanzvolumen der Städtebauförderung schrittweise verdoppelt werden (Z. 796)

Die Richtung stimmt! Familien brauchen Zugang zu günstigerem Wohnraum: Der Familienbund unterstützt diese Vorhaben u.a. auch in seinem jüngst veröffentlichten Positionspapier „Neue Wege wagen für mehr sozialen Wohnungsbau“. Ob diese Maßnahmen jedoch ausreichend sind, um beim Bau von neuen Sozialwohnungen einen spürbaren Anstieg zu erwirken, ist zu bezweifeln.



Koalitionsvertrag

IM BEREICH BILDUNG SOLL:

- es einen neuen DigitalPakt 2.0 geben. Bedürftige Kinder sollen u.a. mit einem Endgerät ausgestattet werden (Z. 2337)
- ein Investitionsprogramm für die Sanierung und Substanzerhaltung von Schulen und für Kapazitätserweiterungen aufgelegt werden (Z. 2348 und 2349)
- es eine Modernisierung des BAföGs geben (Z. 2445)

Das sind Schritte in die richtige Richtung! Ein gutes Bildungsumfeld für Kinder und junge Menschen ist ein Gewinn für alle: Es motiviert die Lernenden, entlastet die Familien und dient der Gesellschaft. Das Geld vom Bund ist daher wichtig und gut angelegt. Entscheidend für den Bildungserfolg ist jedoch vor allem die Ausgestaltung des Bildungssystems. Hier sind die Länder mehr denn je gefragt.



Dr. Lucia Gaschick
Geschäftsführerin
Familienbund der Katholiken
in der Erzdiözese Freiburg

Wohnen, Kita, Landtagswahl – drei ganz heiße Eisen...

BEIM NETZWERKTREFFEN 2025 DES FAMILIENBUNDS IN FREIBURG WURDEN NÄGEL MIT KÖPFEN GEMACHT

Die 24 Teilnehmenden erwartete ein volles Programm, als sie sich am 24. Mai 2025 zum diesjährigen Netzwerktreffen im Freiburger Stadtteil St. Georgen versammelten: Während sich die Kinder zu Schnitzeljagd und Lagerfeuer in den Wald aufmachten, befassten sich die Erwachsenen mit gleich zwei Positionspapieren, die im Familienbund in den vergangenen Monaten erarbeitet wurden:

» „NEUE WEGE WAGEN FÜR MEHR SOZIALEN WOHNUNGSBAU“

– so heißt das Ende März vom Landesvorstand beschlossene Positionspapier, in dem der Familienbund die Landesregierung auffordert, dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Familien und Geringverdienende entschiedener entgegenzutreten (wir berichteten inhaltlich in „Forum Familie“ Nr. 84). Das Positionspapier stieß allseits auf große Zustimmung. Etliche Mitgliedsverbände und viele

weitere Sozialverbände – allen voran der Landesfamilienrat Baden-Württemberg – unterstützen die Forderungen des Familienbunds mit (vgl. S. 12, wie es mit diesem Thema weitergeht).

» „FÜR VERLÄSSLICHKEIT UND QUALITÄT DER KINDERBETREUUNG IN KITAS“

– dieses Positionspapier steckt noch im Entwurf-Status. Nachdem Leitungsteammitglied Tobias Weidemann die sieben Forderungen des Papiers kurz vorgestellt und erläutert hatte, setzten sich die Teilnehmenden in Kleingruppen damit auseinander. Daraus resultierten etliche Anregungen, die das Leitungsteam mit in seine weitere Arbeit nimmt. Außerdem sprach sich die große Mehrheit der Teilnehmenden dafür aus, das Thema Verlässliche Kitabetreuung im Landtagswahlkampf 2026 zu platzieren (vgl. S. 12, was zu diesem Thema auch noch läuft).



DIE LANDTAGSWAHL BW 2026 WIRFT IHRE SCHATTEN VORAUSS

– höchste Zeit, dass im Familienbund der Startschuss für eine entsprechende Aktion oder Kampagne fällt. Mit allen Teilnehmenden sammelten wir Ideen für Themen, Aktivitäten und mögliche Kooperationen. Thematisch zentral für den Familienbund bleiben die Themen Wohnen und Kita, damit zusammenhängend die Themen Vereinbarkeit und Geschlechtergerechtigkeit. Als mögliche Aktivitäten wurden eine Briefaktion oder ein Gesprächsforum mit Kandidat*innen genannt, aber auch gemeinsame Aktionen mit Mitgliedsverbänden. Lesen Sie auf S. 12, was der Landesverband aus der Fülle dieser Anregungen beschlossen hat.

EIN NEUES GESICHT IM LEITUNGSTEAM

– nach zwei Jahren standen wieder Leitungsteamwahlen an. Neu ins Team gewählt wurde Debora Frühwirth aus Baden-Baden. Sie ist Schülerin der 9. Klasse, war bei der Familienbildungsfahrt des Familienbunds nach Berlin 2022 mit dabei und hat jüngst beim Familienbund in Freiburg Praktikum gemacht. Wir freuen uns sehr über den frischen Wind im Leitungsteam und gratulieren Debora ganz herzlich zu ihrer Wahl! Eva Maria Breisig und Tobias Weidemann kandidierten erneut und wurden wiedergewählt – auch Ihnen beiden herzlichen Glückwunsch! Michael Hagedorn scheidet nach 16 Jahren aus dem Leitungsteam des Familienbunds aus. Ihm gilt unser allerherzlichster Dank – zum Ausdruck gebracht in einer besonderen Abschiedsfeier am 18. Juli 2025 (vgl. S. 8f dieser Ausgabe).



Frisch gestärkt ziehen wir im Leitungsteam so in die neue Amtsperiode und sind gespannt, was alles auf uns zukommt. Wir sind dankbar für die Unterstützung aller Mitglieder und Mitgliedsverbände und für deren engagierte Mitarbeit. Hinter uns liegt ein fruchtbares Netzwerktreffen mit viel gutem Handwerkszeug für die kommende Zeit.

LAST BUT NOT LEAST:



Das Netzwerktreffen 2026 findet statt am **18. April 2026**. Am besten gleich in den Kalender eintragen!

Das neue Leitungsteam des Familienbunds, v.l.n.r.: Lucia Gaschick, Tobias Weidemann, Debora Frühwirth, Eva Maria Breisig, Judith Weber

Zwei Plätze im Leitungsteam bleiben nach wie vor vakant, weil sich bislang keine Kandidat*innen finden ließen. An dieser Stelle deshalb nochmals die

» HERZLICHE EINLADUNG ZUR MITWIRKUNG!

Wir sind ein nettes, vielfältiges und engagiertes Team! Schnuppern ausdrücklich erwünscht, auch mit wenig Zeit – einfach bei Lucia Gaschick im Familienbund-Büro melden: 0761/5144 203 oder lucia.gaschick@seelsorgeamt-freiburg.de



IN SACHEN MUSTERKLAGEN UND FAMILIENGERECHTIGKEIT...

... in den Sozialversicherungen könnte es noch einmal spannend werden: Nach dem enttäuschenden Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 7. April 2022 schlägt der Familienbund nun doch den Weg Richtung Straßburg ein. Worum es dabei geht und was das für

Folgen haben könnte, hat die Journalistin Cornelia Huber unseren Bundesgeschäftsführer Matthias Dantlgraber gefragt. Lesen Sie nachstehend ihr Interview im ihm, das vor Kurzem am 3. Juli 2025 in der „Tagespost“ erstveröffentlicht wurde.

UPDATE ZU DEN ELTERNKLAGEN: Familienverbände ziehen vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Von Cornelia Huber



Seit dem Jahr 1959 gewährleistet der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg die Menschenrechte von 700 Millionen Europäern in den 46 Mitgliedstaaten des Europarats, die die Menschenrechtskonvention ratifiziert haben. Vor kurzem ging bei dem international besetzten Gericht ein neuer Fall aus Deutschland ein. Ein sozialversichertes Ehepaar mit vier minderjährigen Kindern klagt gegen die Nichtberücksichtigung ihrer Kindererziehung bei der Beitragserhebung zur Renten- und Krankenversicherung. Zwei Familienverbände, der Deutsche Familienverband (DFV) und der Familienbund der Katholiken (FDK), unterstützen sie dabei.

Über die Hintergründe des Verfahrens hat die „Tagespost“ mit dem Bundesgeschäftsführer des Familienbundes der Katholiken, Matthias Dantlgraber, gesprochen.

Herr Dantlgraber, Sie begleiten das beitragsrechtliche Verfahren einer Großfamilie vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Können Sie kurz zusammenfassen, worum es geht?

Wir sind vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gezogen, weil wir eine Benachteiligung für Familien in der Sozialversicherung, konkret in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sehen. Wichtig ist, dass es uns nicht um eine Bevorzugung der Familien geht, sondern um Gerechtigkeit. Die Diskussion der Ungleichbehandlung stellt sich dadurch, dass im Gegensatz zu vergangenen Jahrzehnten ein erheblicher Teil der Bevölkerung keine Kinder bekommt. Die Benachteiligung der Familien liegt konkret daran, dass sie zwei Beiträge leisten, nämlich einerseits die Geldbeiträge, die von ihrem Arbeitseinkommen abgehen, und andererseits den generativen Beitrag, also die Kindererziehung. Beide Beiträge sind konstitutiv und sehr wichtig für das Umlageverfahren. Diese hohen Beiträge werden aber nicht ausreichend berücksichtigt.

Der älteste Zweig der Sozialversicherung ist die unter dem damaligen Reichskanzler Otto von Bismarck 1883 eingeführte gesetzliche Krankenversicherung. Sie ist wie die Renten- und Pflegeversicherung als Umlageverfahren aufgebaut. Was bedeutet das?

Im Umlageverfahren zahlen die Jüngeren für die Älteren. In der Rentenversicherung ist das vielleicht am offensichtlichsten und am bekanntesten. Aber auch in der Krankenversicherung erfolgt ein Geldfluss von der jüngeren zur älteren Generation, weil die bei weitem überwiegenden Kosten im hohen Alter anfallen, während für jüngere Menschen sehr niedrige Kosten auftreten.

Welche Folgen hat die beitragsrechtliche Ausgestaltung des Umlageverfahrens für die Familien?

Das Problem ist momentan, dass den Familien durch die hohen Beitragslasten sehr viele Mittel entzogen werden und sie in der Rente lediglich eine geringe Gegenleistung erhalten. Das sieht man unter anderem am sogenannten Gender Pension Gap. Gerade Frauen haben häufig sehr niedrige Renten. Eine gerechte Bewertung des Beitrags der Kindererziehung würde auch dazu beitragen, dass Menschen wieder mehr Mut haben, sich für Familie zu entscheiden.

Der Familienbund der Katholiken schlägt als Lösung einen Kinderfreibetrag in der Sozialversicherung vor. Was ist damit gemeint?

Die Idee des Kinderfreibetrags in der Sozialversicherung baut auf der Rechtslage auf, die wir bereits im Steuerrecht haben. Hier ist es so, dass ein Betrag in Höhe des Existenzminimums nicht besteuert wird. Diesen Betrag muss man mindestens für ein Kind aufbringen. Wir halten es für gerecht, wenn in der Sozialversicherung dasselbe gelten würde. Damit würde auch vermieden, dass Familien zuerst durch Abgaben der öffentlichen Hand in Armut geraten und anschließend in einem aufwändigen Verwaltungsverfahren staatliche Leistungen beantragen müssen. Dieses Verfahren ist äußerst ineffizient.

Eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte kann man erst einlegen, wenn der nationale Rechtsweg erschöpft ist. 2022 hat das Bundesverfassungsgericht im Hinblick auf die soziale Pflegeversicherung vom Gesetzgeber eine Beitragsermäßigung für Mehrkinderfamilien verlangt. Wieso nicht auch bei der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung?

Es ist richtig, dass das Problem des Urteils insbesondere die Renten- und Krankenversicherung betrifft. In der Pflegeversicherung haben wir einen Teilerfolg erzielt, der vom Gesetzgeber umgesetzt wurde, sodass Familien mit mehreren Kindern seit Juli 2023 weniger Beiträge zahlen müssen. Bei der Renten- und Krankenversicherung war das Bundesverfassungsgericht der Auffassung, dass



Matthias Dantlgraber
Bundesgeschäftsführer
Familienbund der Katholiken

bestimmte Maßnahmen wie die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung sowie die Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung die Benachteiligung der Familien hinreichend ausgleichen würden. Wir bestreiten aber sehr deutlich, dass das ein adäquater Ausgleich ist.

Was ist an dieser Entscheidung im Hinblick auf die Menschenrechte problematisch?

Ein Hauptpunkt für uns ist der Anspruch auf ein faires Verfahren, den die Europäische Menschenrechtskonvention in Art. 6 gewährleistet. Wir wurden 2022 durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts überrascht. Das Gericht baut seine Entscheidung nicht auf den einschlägigen eigenen Urteilen der Vergangenheit auf, sondern urteilt nach neuen Kriterien und ohne die von uns in verschiedenen Gutachten genannten ökonomischen Zahlen zu berücksichtigen. Stattdessen behauptet das Bundesverfassungsgericht pauschal, dass die Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung oder die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenversicherung hinreichende Ausgleiche sind. Zum Anspruch auf den gesetzlichen Richter gehört aber, dass ein Richter dann, wenn nicht die juristische Perspektive, sondern die ökonomische Perspektive gegeben ist, externen Sachverständigen einholt. Wenn das Bundesverfassungsgericht die von uns vorgelegten Zahlen nicht für richtig hält, hätte es aus unserer Sicht ein Gutachten eines anderen Ökonomen einholen müssen. Außerdem fand keine mündliche Verhandlung statt, wir hatten keine Chance, auf die neue Argumentation des Gerichts zu reagieren, sodass wir auch unseren Anspruch auf rechtliches Gehör verletzt sehen.





Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg.

Die Autorin Cornelia Huber ist Verwaltungsjuristin und freie Journalistin.

Was besagten die von Ihnen vorgelegten Gutachten?

Wir haben als Beschwerdeführer durch umfangreiche wissenschaftliche Gutachten belegt, dass die meisten Familien in der Krankenversicherung weiterhin Nettozahler sind. Erst ab dem vierten Kind ergibt sich aus der beitragsfreien Mitversicherung eine Begünstigung der Familien. Und bei den Kindererziehungszeiten ist der ökonomische Wert der Erziehung eines Kindes etwa 15-mal so hoch wie der Ausgleich, der durch die Kindererziehungszeiten erfolgt. Laut dem Gutachten des jetzigen Mitglieds des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Martin Werding, fließt durch jedes Kind ein Plus von 77.200 Euro in die Rentenversicherung. Hier sind alle Leistungen, die das Kind später selbst aus der Rentenversicherung erhalten wird, bereits abgezogen. Wenn man auch Effekte der weiteren Generationen einbezieht, geht dieser Wert noch deutlich nach oben.

In der Beschwerde machen Sie weitere Menschenrechte geltend, wie das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Art. 8 EMRK) oder das Diskriminierungsverbot.

Das ist richtig. Durch diese ungünstigen Transfers, bei denen viel Geld von den Familien in die Versicherung fließt,

aber nur sehr wenig in Gestalt von Leistungen zurückfließt, werden Familien und insbesondere Personen, die sich um Kinder gekümmert haben, diskriminiert und in ihrem Anspruch auf Achtung des Familienlebens verletzt. Es ist ein Menschenrecht, ein Familienleben zu führen. Wenn damit aber automatisch eine starke Benachteiligung verbunden wird, ist das Recht unserer Ansicht nach beeinträchtigt. Denn insbesondere die Mütter erhalten nur sehr niedrige Renten und der Wert des generativen Beitrags wird nicht hinreichend berücksichtigt.

Wie schätzen Sie die Erfolgsaussichten der Klage ein und welche Folgen hätte eine positive Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte?

Wenn der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Menschenrechtsverletzung feststellt, wäre der deutsche Staat verpflichtet, diesen Verstoß zu beseitigen. Dabei hätte der Gesetzgeber einen gewissen Spielraum. Mit der Argumentation zum Recht auf Achtung des Familienlebens und zum Diskriminierungsverbot betreten wir auf europäischer Ebene Neuland, sodass der weitere Fortgang abzuwarten bleibt. Bei der Verletzung des Anspruchs auf ein faires Verfahren sehen wir mit Blick auf frühere Urteile des Gerichtshofs gewichtige Gründe, die uns optimistisch stimmen.

Aus seiner eigenen Familie und auch durch seine langjährige Tätigkeit als Leiter einer Klinik für Mutter-Vater-Kind-Kuren des Deutschen Arbeitskreises für Familienhilfe e.V. kannte Michael Hagedorn die vielfältigen Aufgaben und Belastungen, die Familien schultern müssen. Aus dieser Erfahrung heraus hat er sein Engagement im Familienbund gestaltet und unermüdlich die Belange und Bedürfnisse von Familien in die Politik kommuniziert – sei es zum Thema familiengerechte Sozialversicherungsbeiträge, bezahlbarer Wohnraum oder verlässliche Kinderbetreuung.

Auch im Familienbund Bundesverband war Michael Hagedorn von Anfang an aktiv als Delegierter des Familienbunds Freiburg, seit 2018 auch im erweiterten Vorstand (Hauptausschuss). 2022 begründete er auf Bundesebene die AG Familie und Klimagerechtigkeit mit, in der er seither aktiv ist.

In einer würdigen Abschiedsfeier am 18. Juli 2025 haben wir Michaels Engagement im Familienbund noch einmal Revue passieren lassen und ihm ein Abschiedsgeschenk überreicht. Mit ehemaligen Leitungsteammitgliedern und den eigens aus unserer Nachbardiözese Rottenburg-Stuttgart angereisten Familienbund- und Landesvorstandsmitgliedern haben wir Erinnerungen geteilt, viel erzählt und – natürlich – auch die aktuelle (familien)politische Lage diskutiert.

Damit ist Michaels aktive Zeit im Familienbund hier im Südwesten an ein Ende gekommen – fast. Denn ein bisschen bleibt uns Michael noch erhalten: Aktuell vertritt er den

Familienbund in der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Erwachsenenverbände (AKE) in der Erzdiözese Freiburg, seit 2022 auch im Vorstand. In der Bundes-AG Familie und Klimagerechtigkeit wird er noch bis Herbst weiterarbeiten und mit der Projektgruppe „Bezahlbarer Wohnraum für Familien“ bestreitet Michael noch die aktuell stattfindenden Abgeordnetengespräche – am Ende einer intensiven thematischen Arbeitsphase immer ein besonderes Highlight.

Im Namen des Familienbunds danke ich Michael von ganzem Herzen für seinen unermüdlichen Einsatz:

6 Jahre Leitungsteamsprecher,
16 Jahre Diözesanvorstand und Leitungsteam,
dutzende BDVs,

zahlreiche Abgeordnetengespräche, Familienfreizeiten, Kinder- und Jugendfestivals, Katholikentage und Wahlaktionen.

Danke, lieber Michael,

für die viele Zeit, die du dem Familienbund und damit Familien geschenkt hast, für deine Ideen und für deine familienpolitische Expertise, die du dir in all den Jahren angeeignet hast. Wir wünschen dir alles Gute für deinen weiteren Weg und dass du dem Familienbund auch in Zukunft treu verbunden bleibst.

1 Empfang im Garten des Erzbischöflichen Seelsorgeamtes Freiburg

2 Landesvorsitzender Karlheinz Heiss verabschiedet sich sowohl musikalisch als auch mit viel Wortwitz ...

3... und übergibt Michael Hagedorn im Namen des Familienbunds Rottenburg-Stuttgart ein Fotoalbum mit vielen Erinnerung an die gemeinsame Zeit im Familienbund

4 Auch in der Abschiedsrede von Geschäftsführerin Lucia Gaschick fehlt der Humor nicht ...

5 ... im Namen des Familienbunds Freiburg überreicht sie Michael Hagedorn eine Sonderausgabe „Forum Familie“ mit Michaels Editoralen

Engagement mit Herzblut: Danke, lieber Michael!

Der Staffelstab wird weitergereicht: Der alte Leitungsteamsprecher Michael Hagedorn mit dem neuen Sprecher Tobias Weidemann und Geschäftsführerin Lucia Gaschick

Nach vielen Jahren aktiver Mitarbeit im Familienbund in der Erzdiözese Freiburg hat Michael Hagedorn im Frühling dieses Jahres sein Amt als Leitungsteammitglied und Sprecher des Familienbunds an den Nagel gehängt. Am 18. Juli haben wir ihn in einer kleinen Feier gebührend verabschiedet.



Es war klar, dass dieser Moment früher oder später kommen würde. Aber dann waren wir doch alle überrascht und zugleich traurig, dass Michael nun tatsächlich seinen Hut nehmen und nicht mehr fürs Leitungsteam kandidieren würde. „Es fühlt sich irgendwie komisch an, dass er ab jetzt nicht mehr dabei ist“, sagte Leitungsteammitglied Eva Breisig und brachte damit zur Sprache, was uns allen erst nach und nach klar wurde: Michael war gefühlt schon immer dabei, jedenfalls für die aktuellen Mitglieder des Leitungsteams. Michael war die Konstante gewesen, er war schon im Team, als wir anderen noch gar nicht an den Familienbund dachten.

Insgesamt 16 Jahre lang hat Michael Hagedorn im Leitungsteam (früher Diözesanvorstand) des Familienbundes der Katholiken in der Erzdiözese Freiburg mitgewirkt, zunächst als Delegierter des Diözesanrats, dann als Beisitzer und seit 2019 als Teamsprecher. Ebenso lange war er im Landesvorstand Baden-Württemberg des Familienbundes tätig, dessen Vorsitz er von 2020 bis 2025 innehatte.



Familie – gesellschaftspolitisch unter die Lupe genommen



Beate Gröne
Geschäftsführerin Familienbund
Rottenburg-Stuttgart und
Landesverband BW

DIE 4. ONLINE-SEMINARREIHE DES FAMILIENBUNDS STARTET IM HERBST MIT NEUEN THEMEN

Nach dem Erfolg der letzten drei Jahre wird der Familienbund Landesverband auch im Herbst/Winter 2025/26 wieder seine Online-Seminarreihe „Familie – gesellschaftspolitisch unter die Lupe genommen“ starten. Wie in den vergangenen Jahren werden fünf Online-Veranstaltungen rund um das Thema „Familie“ angeboten, in denen sich ehrenamtliche wie hauptamtliche Interessierte zu verschiedenen gesellschafts- und familienpolitischen Aspekten informieren, fortbilden und austauschen können. Die Teilnahme ist kostenlos.

Das Programm wird aktuell erstellt, die vollständige, detaillierte Ausschreibung wird im September auf der Homepage des Familienbunds veröffentlicht. Folgende Themen, Termine und Referent*innen stehen bereits fest:

1. Do. 23.10.2025, 19.30 bis 21.00 Uhr PFLERGE IN DEUTSCHLAND – QUO VADIS?

Referent: **Johannes Döring**, Geschäftsführer Familienbund der Katholiken Thüringen, in Kooperation mit dem Verband „Wir pflegen“ Thüringen e. V.

2. Di. 13.01.2026, 17.30 bis 19.00 Uhr LERNEN DURCH ENGAGEMENT

Lernen durch Engagement (LdE) ist eine Lehr- und Lernform, die gesellschaftliches Engagement von Schüler*innen mit fachlichem Lernen verbindet. Wie funktioniert sie und was kann sie leisten?

Referent: **Peter Klösener**, Geschäftsführer Familienbund der Katholiken Osnabrück

3. Di. 20.01.2026, 17.30 bis 19.00 Uhr NEUREGELUNG DES ABSTAMMUNGS- UND KINDSCHAFTSRECHTS

„Jokertermin“: Sollte die aktuelle Regierung die Referentenentwürfe der Ampel-Regierung wiederaufnehmen und auf den Weg bringen, würde dieser Abend Gelegenheit bieten, über die aktuellen Pläne zu informieren und diese zu diskutieren.

Referent: **Prof. Dr. jur. Rolf L. Jox**, Vorsitzender des Sachausschusses Recht im Familienbund Bundesverband

4. Do. 05.02.2026, 17.00 bis 18.30 Uhr SELBSTBESTIMMUNG ODER DAMMBRUCH? EIN AKTUELLER BLICK AUF DIE DEBATTE ÜBER STERBEHILFE

In der aktuellen Wahlperiode ist eine gesetzliche Regelung zur Sterbehilfe zu erwarten. Das Online-Seminar wird die juristischen, medizinischen und ethischen Aspekte der Diskussion in den Blick nehmen und zu einem Austausch über komplexe Fragen am Ende des Lebens anregen.

Referent: **Matthias Dantlgraber**, Bundesgeschäftsführer Familienbund der Katholiken

5. Do. 26.02.2026 und Do. 19.03.2026, je 18:30 Uhr KINDER MIT HERAUSFORDERNDEM VERHALTEN IN DER KITA

in Kooperation mit dem Landesverband Katholischer Kindertageseinrichtungen e. V.

Gesprächsleitung: **Beate Gröne**, Geschäftsführerin Familienbund der Katholiken Rottenburg-Stuttgart



Die Erinnerung ist wie ein Fenster, durch das wir sehen können, wann immer wir wollen

Am 25. Mai 2025 ist Hubert Bellert mit knapp 86 Jahren verstorben.

Er war der erste Geschäftsführer des Familienbundes der Katholiken in der Erzdiözese Freiburg, zugleich auch Referent für Familienbildung und -politik im damaligen Familienreferat.



Von Mai 1979 bis März 1984 aus dem Schuldienst beurlaubt, konnte er seine Energie intensiv in das Engagement für Familien stecken. Als Vater von sieben Kindern und erfahrener Grundschullehrer wusste er aus eigenem Erleben, wo Familien vielfältig der Schuh drückt.

Sein Arbeitsplatz war zu Beginn nur ein leeres Büro. Da auch niemand so recht wusste, was seine Aufgaben sind, wurde er zu „Familien-Veranstaltungen“ und zum ZFR (Zentraler Familienrat des Familienbundes, Bundesverband) geschickt. Letzterer sollte ihm Orientierung geben und Wege für seine neue Arbeit aufzeigen. Aber böse Überraschung: Die Versammlung bestand fast ausschließlich aus ehrwürdigen Großvätern und zwei Großmüttern, die vor allem Familien- und Reisebilder austauschten und über hehre Familienideale schwadronierten.

Kein Grund zum Jammern – ganz im Gegenteil: Hubert nutzte die Gelegenheit, Kontakte zu suchen, Verbindungen herzustellen und zu intensivieren sowie Netzwerke zu knüpfen. Als erstes nahm er Kontakt zu vermeintlichen 500 Familienbundmitgliedern auf – ein Flop! Rückmeldungen und Rückläufer dokumentierten das Ableben früherer Mitglieder, andere waren einfach nicht mehr erreichbar. In einer zweiten Runde gab es dann Kontakte zu den Familiengruppen und -kreisen des Familienreferats.

Im Familienreferat war schnell klar, dass gesellschaftspolitisches Agieren im Familienreferat nichts anderes ist als die gesellschaftspolitische Dimension der Familienpastoral der Kirche. Folgerichtig ging Hubert auf katholische Erwachsenenverbände wie Kolping, KAB, Frauenverbände, Caritas u.a.m., den Diözesanrat sowie evangelische und außerkirchliche Verbände wie z.B. eaf, Kinderschutzbund, DFV und AWO zu.

Hubert erweckte den damaligen Familienbund aus seinem „Dornröschenschlaf“ und entwickelte mit Mitstreiter*innen eine funktionierende Verbandsstruktur mit der Diözesan-konferenz (alle Kath. Erwachsenenverbände inkl. Diöze-

sanrat) und einem Diözesanvorstand. Gemeinsames Selbstverständnis war, dass der Familienbund die familienpolitischen Ansichten der Verbände bündelt und in die Politik und Öffentlichkeit trägt. Als Besonderheit erhielt der Diözesanrat einen „Garantieplatz“ im Vorstand und verzichtete seitdem auf die bis dahin übliche Einsetzung eines Ausschusses „Ehe und Familie“. Weiter waren im Vorstand der jeweilige Diözesanfamilienseelsorger und ein Mitglied aus der Kirchenleitung vertreten. All das hat sich in den kommenden Jahrzehnten bewährt.

Hubert hat bald auch einen Infodienst über familienpolitische Themen, Gesetze(svorhaben), Aussagen von Politiker*innen und mit praktischen Anregungen für Familien herausgegeben – schon im Mai 1980 als Beilage zum Verbindungsbrief – die „offizielle Nr. 1“ des heutigen „Forum Familie“.

Am 1. April 1984 kehrte Hubert in den Schuldienst zurück, blieb dem Familienbund aber als ehrenamtlicher Diözesanvorsitzender bis 1991 eng verbunden. Von 1984 bis 1986 war er auch Vizepräsident im Bundesverband (zusammen mit Rita Süßmuth, der späteren Bundesfamilienministerin). Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Familienbund im Herbst 2006 war er Sachbeauftragter des Bundesverbandes für Familie und Arbeitswelt.

Schon im Jahr 2002 initiierte er den Regionalverband Freiburg von donum vitae mit und war bis Mai 2014 dessen ehrenamtlicher Geschäftsführer.

In den Jahren bis zu seinem Tod erkrankte Hubert an Demenz und lebte die letzten Jahre nur noch „in seiner Welt“.

In meiner Würdigung von Huberts Wirken habe ich den Schwerpunkt bewusst auf seine hauptamtliche Tätigkeit in den Jahren 1979 bis 1984 gelegt. Seine Aufbau- und Grundlagenarbeit war entscheidend für die Arbeit und die Arbeitsmöglichkeiten des Freiburger Familienbundes in den folgenden Jahrzehnten.

Georg Zimmermann, ehemaliger Geschäftsführer des Familienbundes der Katholiken und Referent für Familienbildung und Familienpolitik in der Erzdiözese Freiburg

Eine noch ausführlichere Version dieses Nachrufs finden Sie auf der Homepage des Familienbunds www.familienbund-freiburg.de



NEUE WEGE WAGEN FÜR MEHR SOZIALEN WOHNUNGSBAU



Mittlerweile haben wir unser Positionspapier mit dem gleichnamigen Titel breit veröffentlicht und gleichzeitig eine Gesprächsreihe dazu mit den wohnungspolitischen Sprecher*innen der Landtagsparteien gestartet. Die Gespräche laufen jetzt über den Sommer – wir berichten dann im nächsten „Forum Familie“.

Das veröffentlichte Positionspapier können Sie auf der Familienbund-Homepage downloaden:

www.familienbund-freiburg.de



LANDESVORSTAND BESCHLIESST AKTIONEN ZUR LANDTAGSWAHL 2026



Am 3. Juli traf sich der Landesvorstand des Familienbunds und einigte sich auf folgende drei Aktionen:

1.
Gesprächsforum zu familienpolitischen Themen mit Kandidat*innen und Bürger*innen an zwei Orten

2.
„Schreibe dem zukünftigen Ministerpräsidenten“ – Postkartenaktion an öffentlichen Orten oder bei Veranstaltungen

3.
Gratulationsschreiben an die frisch gewählten Abgeordneten mit Vorstellung des Familienbunds, unserer Themen und Gesprächsangebot

AUSTAUSCH ZUM THEMA VERLÄSSLICHE KITA LÄUFT

Im Mai und Juni traf sich Familienbund-Geschäftsführerin Lucia Gaschick mit Vertreter*innen des Gesamtelternbeirats Kita Freiburg, um die Forderungen des Familienbunds gemeinsam zu erörtern. Der Austausch war äußerst gelungen und wertvoll. Ein Gespräch mit dem Landeselternbeirat Kita soll folgen, desgleichen ein Austausch mit Vertreter*innen aus dem Caritasverband sowie den Fachreferaten der Diözesen.



FAMILIENBUND

Impressum

Herausgeber und Verlag: Familienbund der Katholiken in der Erzdiözese Freiburg, Okenstr. 15, 79108 Freiburg, Tel. 0761 5144-203, Fax 0761 5144-76203, info@familienbund-freiburg.de • **Redaktion:** Dr. Lucia Gaschick (L. G.), ISSN 0945-2338
Druck: Hofmann Druck, Emmendingen • **Gestaltung:** d|e|sign Kreativagentur, Ettenheim
Bilder: Familienbund Freiburg · Online verfügbar unter www.familienbund-freiburg.de

Internationaler Tag der Alleinerziehenden

Alleinerziehende sind Held*innen des Alltags. Unglaublich, was ihr Tag für Tag leistet. Das gehört gewürdigt und gefeiert. Seid mit dabei bei einem erlebnisreichen Waldtag mit verschiedenen Stationen und einem gemeinsamen spirituellen Impuls.

28.09.2025
11-16Uhr

Nationalpark Schwarzwald
in Herrenwies

Eingeladen sind Einelternfamilien
mit Kindern im Alter von 3-12 Jahren

Infos & Anmeldung

fifuersleben-ebfr.de/TdA
Die Veranstaltung ist kostenfrei!

Eine Veranstaltung des Fachbereichs Arbeit mit Alleinerziehenden der Erzdiözese Freiburg und der Kirche im Nationalpark

Erzdiözese Freiburg
Kirche im Nationalpark